GAMMA

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

24/99 - 7.Oktober 99 - fast kostenlos*

>Das Antifa Infotelefon Leipzig könnt Ihr anrufen unter: 0341 - 940 540 7.

Infotelefon+GAMMA im Netz: http://www.free.de/infotelefon.

GAMMA per Faxabruf: 0341 - 940 540 8.

>Infos an uns: Anrufbeantworter+Fax: 0341 - 940 540 8, oder Post: IT, PF 101417, 04014 Leipzig, oder e-mail: infotelefon@gmx.de

>Wenn Ihr uns anruft, sprecht bitte langsam und deutlich und hinterlaßt, wenn möglich, eine Rückrufnummer! Wir sind an jeder Art Infos interessiert, sei es über Streß mit Bullen, Nazis oder eine Veranstaltung, Demo usw.,die Ihr plant. Dies können auch Fakten sein , die nicht veröffentlicht, sondern an die richtigen Stellen weitergegeben werden sollen.

* **Spende** in die GAMMA-Spenden-Kasse, die dort steht, wo's GAMMAs gibt. [43]

Was gewesen ist...

Asyl für Öcalan zu spät

Reichlich spät hat ein italienisches Gericht dem PKK-Chef Öcalan politisches Asyl gewährt. Die Türkei wird ihn wohl kaum ausliefern, nachdem sie ihn zum Tode verurteilt hat. Mittlerweile soll sogar ein zweites Verfahren gegen ihn eröffnet werden, das sich auf die Zeit vor 1980 bezieht.

Österreich: FPÖ zweitstärkste Partei

Die rechtsgerichtete **Freiheitliche Partei Österreichs**, FPÖ, hat mit ihrem Vorsitzenden **Jörg Haider** bei der Bundeswahl fünf Prozent zugelegt und ist nach Verlusten der konservativen ÖVP, **Österreichische Volkspartei**, nunmehr zweitstärkste Kraft im Parlament. Bayerns Ministerpräsident **Stoiber** hat letzterer jetzt den Ratschlag erteilt, doch mit der FPÖ zu koalieren.

Bundesweit

Mord in Hohenstein-Ernstthal!

In der Nacht zum **2.Oktober** ermordeten Nazis einen Punk und verletzten einen anderen schwer.

Am frühen Freitagabend hatte es in dem Ort einen organisierten Überfall von Faschos auf ein Punkkonzert gegeben. Dabei wurden mehrere Gäste schwer verletzt. Als sich bei der Veranstaltung mehr Leute eingefunden hatten und diese die schuldigen Nazis in der nahegelegenen Disco „La Belle" vermuteten, versuchten sie dort hineinzukommen und lieferten sich eine Auseinandersetzung mit der Security.

Am späteren waren die zwei Punks allein nach Hause unterwegs, als ein Kleinbus mit mehreren Nazis neben ihnen hielt. Diese sprangen heraus und prügelten brutal auf sie ein, anschließend zerrten sie einen von beiden in den Bus. Den anderen ließen sie nur liegen, weil er sich bewußtlos gestellt hatte. Später warfen sie den 17jährigen, den sie mitgenommen hatten, aus dem Bus. Am Straßenrand wurde er gefunden und starb, kurz nachdem er ins Krankenhaus eingeliefert wurde.

Aus Wut und Trauer über diesen brutalen Mord demonstrierten am **Sonntagabend** rund 120 Menschen durch Hohenstein-Ernstthal.

In den meisten Medien wurde der Mord nicht oder nur am Rande erwähnt. Meist wurde der Mord in einen direkten Zusammenhang mit dem Punkkonzert gebracht und der Eindruck vermittelt, dieses sei letztendlich schuld an dem Verbrechen. Der Bürgermeister von Hohenstein-Ernstthal nahm die Vorfälle zynischerweise zum Anlaß, um weitere Veranstaltungen im "Off Is" zu untersagen. In bewährter Manier machte er die Opfer zu Tätern und seine Stadt zu einer (von vielen...), die keine Naziprobleme hat.

Lageberich warnt vor Abschiebungen

Der Lagebericht des Auswärtigen Amtes warnt vor der Abschiebung politisch aktiver Kurden in die Türkei, da diese dort Verfolgung ausgesetzt seien. (BerZ 22.9.)

Dessen ungeachtet:

Deutsche Flüchtlingspolitik

Giessen: Dem Verwaltungsgericht reichte es als Begründung für eine Rückkehrgefährdung nicht aus, daß ein kurdischer Flüchtling in türkischen Zeitungen bereits als „Separatist" und „Terrorist" bezeichnet worden war, es lehnte die Zulassung seines Asylfolgeantrags ab. Der Kurde lebt im Kirchenasyl in NRW. Das „Bundesamt für die Anerkenung ausländischer Flüchtlinge" sah dies und die damit verbundene politische Betätigung als „selbstverschuldeten Nachfluchtgrund". (FR 22.9.)

Berlin, 22.9.: Der sudanesische Flüchtling, der sieben Tage zuvor in Hungerstreik gegen seine Abschiebung getreten war, ist aus der Abschiebehaft entlassen worden. Er wurde auf die Intensivstation eines Krankenhauses gebracht, die gefahr einer Abschiebung besteht nach wie vor. (taz Berlin 22.9.)

Deutschland verstößt gegen Kinderrechtskonvention. Nach einer Studie des deutschen UNICEF-Komittees verstößt die BRD in mehreren Punkten gegen die UN-Kinderrechtskonvention: So werden Flüchtlingskinder schon ab 16 wie Erwachsene behandelt, teilweise Minderjährige in Abschiebehaft genommen, generell haben minderjährige Flüchtlinge meist nur geduldeten Aufenthalt (ausgesetzte Abschiebung) und haben deshalb nur eingeschränkten Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge.
Übrigens, die Bundesrepublik hat die Kinderrechtskonvention - in alter völkischer Tradition - nur unter dem Vorbehalt ratifiziert, daß sie bei Ausländern Einschränkungen vornehmen kann. (FR 23.9.)
Pankow: Seit dem 30.9. sind ca. 80 Flüchtlinge der beiden DRK-Heime im Hungerstreik gegen die ausschließlich als Sachmittel gewährten Sozialleistungen. (taz 1.10.)

Swissair verweigert sich Abschiebungen

Die SwissAir verweigert die beförderung von AusländerInnen, die sich erzwungener Abschiebung widersetzen. Mehrere Zwischenfälle, bei denen sich Abschiebehäftlinge weigerten und die Polizei gewaltsam durchgriff, haben zunehmend zu Problemen mit anderen Passagieren geführt.

Anklage gegen Safwan Eid zerbröckelt

Im wiederaufgenommenen Prozeß gegen Safwan Eid wegen des Brandanschlags auf das Flüchtlingswohnheim in Lübeck 1996 brechen die Grundlagen der Anklage immer mehr weg. Die Tonbandaufnahmen, die von Eids Gesprächen aus dem Knast aufgenommen wurden, erbrachten keinerlei belastende Aussagen, vielmehr stellte sich heraus, daß der Übersetzer (er arbeitete vorher vor allem für die Polizei) an entscheidenden Stellen belastende Aussagen durch falsche Übersetzung erst geschaffen hatte. (BerZ 29.9.)

Deutsche Justiz in Tradition

Die Staatsanwaltschaft **Nürnberg** ermittelt wegen versuchten Mordes gegen zwei 74 und 77 Jahre alte jüdische Überlebende der Shoah. Sie waren nach Kriegsende in der Gruppe „Nakam" (Rache) aktiv gewesen, welche 1946 u.a. einen (fehlgeschlagenen) Anschlag auf internierte SS-Männer und andere Nazi-Funktionäre durchgeführt hatte. Man darf gespannt sein, wie sich dieses Verfahren im Land der TäzterInnen und in der Stadt der Reichsparteitage und Rassegesetze weiterentwickelt.
Anlaß der Ermittlungen ist eine Reportage von zwei TV-Journalisten über „Nakam". Die Staatsanwaltschaft hat diesen bereits mit Zwangsanordnungen gedroht, weil sie ihr Informationen und Gespräche verweigerten.

Strafbefehl für Kriegsgegner

Wegen des Farbbeutelwurfs auf Außenminister **Fischer** wurde gegen den werfenden Kriegsgegner ein Strafbefehl von sieben Monaten Haft auf Bewährung erlassen. Er hat Einspruch dagegen erhoben, es wird also einen öffentlichen Prozeß geben.

Einschüchterung eines Anwalts fehlgeschlagen

Das hanseatische Oberlandesgericht hat einen **Bremer** Anwalt vom Vorwurf der üblen Nachrede freigesprochen. Das Ausländeramt hatte ihn verklagt, weil er sich über dessen Praxis beschwert hatte, das algerische Konsulat faktisch zum Ausstellen falscher Papiere zu veranlassen, um algerische Flüchtlinge abschieben zu können. So geschehen bereits im Falle eines Mandanten, der die Angabe seiner Identität verweigert hatte und schließlich abgeschoben wurde, weil das Konsulat auf Betreiben der Behörde Papiere unter dem Alias-Namen des Flüchtlings ausgestellt hatte.

BND und Waffenhandel

Momentan wird eine Untersuchung über die Verstrickung des Bundesnachrichtendienstes BND in Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien durchgeführt. Die Panzerlieferungen gingen angeblich über Verbindungen von **CSU**-nahen Geheimdienstlern mit **Karlheinz Schreiber**, ex-Vertrautem von Ex-**F.J.Strauß**, vonstatten. Und wer führt die Untersuchung durch? Natürlich der BND selbst; sind ja geheim, die Geheimdienste.
Und weil dem BND ja bekanntlich mit dem Ende des Kalten Krieges ein Großteil seiner Feindbilder geklaut wurden, sucht er sich neue Betätigungsbilder. Eins davon seit neuestem: „Illegale Migration". Ganz entgangen ist den Schnüfflern dabei, daß sie sich dabei wohl ein Stück zu weit von ihrem gesetzlichen Auftrag entfernen und Innenpolitik betreiben. (jW 29.9.)

An der Schule spricht man teutsch

Das findet der Direktor der Realschule in **Sprenge** bei Herford (NRW), **Uwe Grintz**, und erließ ein Sprachgebot für die Schule: „In der Schule möchten wir weder Russisch noch Türkisch hören, denn diese Sprachen werden hier nicht gelehrt." Klar, daß er dafür Beifall von Naziseite bekam; in der Internet-Ausgabe des **NIT** von **André Goertz** war man sichtlich begeistert, daß sich jemand um die Eindämmung der „Überfremdung" kümmern würde.

Junge Union läßt Juso-Flyer beschlagnahmen

Die **Kreuzberger** Junge Union war sich nicht zu fein, nationalistische Aufkleber mit dem Spruch „Deutschland muß in Kreuzberg wieder erkennbar sein" herauszubringen. Als die Jungen Sozialdemokraten (Jusos) jedoch Flugblätter dagegen verteilten, auf denen die Frage „Wie deutsch hättet ihr's denn gerne?" zusammen mit dem Pisser von Rostock (ihr wißt schon: Nazipogrome Lichtenhagen 1992, vollgepißte Jogginghose, Deutschland-WM-T-Shirt, Arm zum Hitlergruß erhoben) verbunden wurde, platzte der JU der rechtstaatliche Kragen. Sie ließen das Flugblatt von der Polizei einziehen. Und die machte auch noch mit - unter dem Vorwand des Verdachts auf Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen. (taz Berlin 29.9.)

Fast-Tot-Fahren strafrechtlich irrelevant?

Im Verfahren gegen den Nazi, der im letzten September in **Rostock** einen Antifa mit 80 km/h überfahren hatte, droht mittlerweile die Einstellung. Das Jugendschöffengericht lehnte eine Übernahme des Verfahrens ab, verwies zurück ans Jugendgericht und regte eine Einstellung des Verfahrens

gegen Geldbuße an. Das Opfer des Anschlags befindet sich noch immer in Rehabilitation und kann bis heute nicht wieder richtig laufen und sprechen. Das Schöffengericht ging von einem „erheblichen Mitverschulden" des Opfers aus und unterstellte dem Täter zugunsten eine panikreaktion aufgrund von Steinwürfen, die jedoch bis jetzt noch nicht nachgewiesen werden konnten. Auch am Auto fanden sich nach einem Gutachten keinerlei Spuren in diese Richtung. (jW 27.9.)

NPD-Aufmarsch und Gegendemo in Köln

Rund 450 Nazis waren am **2.Oktober** zum NPD-Aufmarsch gekommen, mehr als 1.500 Menschen nahmen an einer Gegendemonstration teil. Leider endete diese anderthalb Stunden vor Beginn des Naziaufmarschs, so daß er im Gegensatz zum letzten Mal nicht verhindert wurde. Etliche Antifas versuchten zu den Nazis durchzubrechen, es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, zwölf Menschen wurden festgenommen. Auch eine Sitzblockade konnte nicht verhindern, daß die Nazis ungestört wieder abreisen konnten. (AP 3.10.)

DVU-Aufmarsch in Passau

Am **26.September** führte die DVU ihre jährliche Kundgebung in der Nibelungenhalle durch, diesmal mit ca. 1.500 TeilnehmerInnen. Die Polizei, in Passau bekannt für besonders krasses Vorgehen gegen alles antifaschistische Engagement, nahm 16 Teilnehmer der Antifa-Gegendemonstration fest, an der 300 Menschen teilgenommen hatten. Drei Nazis wurden wegen Hakenkreuzaufnähern und Hitlergrußes festgenommen.

Nazi-Hools in Mannheim abgeblitzt

Die Antifaschistische Initiative Heidelberg hatte für das Spiel SV Waldhof - FC St.Pauli am **26. September** eine Demo vom Bahnhof zum Stadion angemeldet und einen Antifatag organisiert. Die Polizei war mit einem massiven Aufgebot vor Ort und verhinderte jegliche Auseinandersetzung bereits im Ansatz. So wurden mehrfach Naziskins in Gewahrsam genommen, die pöbelten oder die Demo angreifen wollten. Insgesamt wurden rund 50 Waldhof-Fans festgenommen. Der Verein ist bekannt für sein Nazi-Umfeld.

Lächerliche Nazidemo gegen Mahnmal

Am **2.Oktober** wollten Nazis Unter den Linden in **Berlin** gegen das geplante Holocaust-Mahnmal demonstrieren. Aufgerufen hatte eine **„Bürgerliche Allianz"**. Als die Kundgebung starten sollte, stellte sich heraus, daß zwei Drittel der Anwesenden GegendemonstrantInnen waren, welche durch die massiv vertretene Polizei Schritt für Schritt vom Kundgebungsplatz verwiesen wurden. Übrig blieben zum Schluß etwa 30 Nazis, deren Reden im Protestlärm der ca. 100 Antifas untergingen und die von umliegenden Häusern mit Pyros beschossen wurden.

Die „Bürgerliche Allianz" ist ein Zusammenschluß von solch traurigen Vereinen wie **Bund Freier Bürger** (BFB), **„Bürgerinitiative für Deutschland", „Bürgerbund"** und **„Wählerinitiative Bürger und Kleingärtner"** (WBK), die bei den Berliner Abgeordnetenhaus- und Bezirksvertretungswahlen hoffen, durch gemeinsame Liste und Wahlkreisaufteilung doch noch eine kleine Chance zu haben. (Über 0,3% zu kommen). Früher war WBK mal 'ne Bezeichnung für Wohnbezirkskomittee, da waren die bestimmt auch schon alle drin...

Nazi-Gewalt

Prenzlau, 25.9.: Nazischläger verprügelten fünf Musiker einer US-Militär-Big Band und verletzten sie zum Teil schwer. Sie hatten sie zuerst gefragt, ob sie auch rechts wären und als zu Verständigungsschwierigkeiten kam, schlugen sie zu. Die Staatsanwaltschaft setzte eine Belohnung von 5.000 DM aus.
Braunschweig, 25.9.: Ca. 15 Naziskins überfielen das Café Che, den Treffpunkt der Braunschweiger „Falken" (Sozialistische Jugend). Die Einrichtung wurde verwüstet und mehrere Jugendliche leicht verletzt.
Burgstädt, 26.9.: Drei - höchstwahrscheinlich- Nazis griffen zwei 17jährige brutal mit Baseballschlägern, Messern und Stiefeltritten an. Eines der Opfer erlitt dabei ein Schädel-Hirn-Trauma.
Köln-Kalk, 29.9.: Auf ein türkisches Vereinshaus wurde ein Brandanschlag verübt. Es brannte völlig aus. (taz 30.9.)
Ammerbek, 3.10: Ein Flüchtlingsheim wurde durch ein Feuer völlig zerstört, Menschen kamen dabei nicht zu Schaden. Die Ursache ist noch nicht geklärt.
Berlin, 5.10.: Die Polizei fahndet nach Friedhofsschändern, die auf dem jüdischen Friedhof Weißensee 103 Grabsteine umgeworfen haben.

Und Tschüß für „Vandalen"

Die Nazi-Rockertruppe „Die Vandalen" müssen aus ihrem Objekt in **Berlin-Weissensee** ausziehen. Nachdem es in den vergangenen Wochen zu verstärktem Antifadruck, u.a. einer Demo, gekommen war, wurde der Mietvertrag für das Klubhaus gekündigt.

Kommunalwahl in Bremerhaven

Einzigstes Bundesland, in dem die SPD zulegte - von 29 auf 42%-, Grüne auch hier abgesackt (auf 6,4), DVU mit 5,2% drin.

Rennicke-Konzert in Biblis

Obwohl sowieso schon ziemlich verstrahlt im Kopf, machten sich mehr als 300 Nazis zu einem Rennicke-Konzert nach **Biblis** auf. Drei wurden vorläufig festgenommen, weil Waffen und indizierte CDs gefunden wurden. Eingeladen hatten die Republikaner in Person ihres Bibliser Fraktionschefs **Peter Fischer**.

Paranoide DVU

Die Landtagsfraktion der DVU in **Brandenburg** hat den Antrag gestellt, daß ihre bewaffneten Leibwächter mit in den Landtag kommen dürfen. Das Präsidium untersagte den Bodyguards das Tragen von Waffen im Landtag, ebenso wurde ein Hundeverbot erlassen. (FR 23.9.)

Urteile gegen Nazis

Greifswald: Wegen zweier Überfälle auf Antifas standen drei Nazis, unter ihnen der NPD-Kreisvorsitzende, **Maik Spiegelmacher**, vor Gericht. Als Anwälte standen ihnen der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende **Günther Eisenecker** und der NPD-Funktionär **Peter Stöckicht** zur Verfügung. Diese konnten dann - ohne Einschreiten des Gerichts -

gegen die Geschädigten und Zeugen hetzen. So bezog sich Eisenecker auf die dunkle Haarfarbe eines Zeugen und behauptete, solche Menschen seien ja besonders schauspielerisch begabt. Der Richter störte sioch nicht an solchen Aussagen und folgte in seinem Urteil im wesentlichen den Verteidigern. Spiegelmacher wurde freigesprochen, die beiden anderen Faschos erhielten eine Verwarnung und 80 Stunden gemeinnützige Arbeit... (jW 23.9.)

LG Frankfurt/Oder: Ein 19jähriger Nazi erhielt sechseinhalb Jahre Jugendhaft wegen versuchten Mordes. Er hatte am 27.März in Schwedt einen Libanesen angegriffen und von hinten mit einem Brotmesser auf ihn eingestochen, bis der Griff abbrach. (FR 23.9.)

AG Bonn: Ein belgischer Geschäftsman wurde zu 2.500 DM Geldstrafe verurteilt, weil er per Versandhandel Nazi-Devotionalien wie SS-Runen und NS-Orden vertrieben hatte.

AG Hamburg: Der Verleger der Gruppe „**Sturmwehr**" wurde zu 12.000 DM Geldstrafe wegen Vertriebs von Volksverhetzung verurteilt.
Ein anderer Musikproduzent bekam für Vetrieb von Nazimusik zehn Monate Haft auf Bewährung.

AG Aue: Der Soldat, der an der Produktion der Bundeswehr-Nazi-Videos von **Schneeberg** mitgewirkt und diese später einem TV-Sender zur Verfügung gestellt hatte, wurde zu einer Geldstrafe von 3.900 DM wegen Volksverhetzung verurteilt. Da die fünf anderen nichts von der Veröffentlichung wußten, wurden sie freigesprochen.

AG Prenzlau: Ein 19jähriger Nazischläger wurde in einem beschleunigten Verfahren zu einem Jahr Jugendhaft verurteilt, weil er einen Belastungszeugen in einem anderen Prozeß zusammengeschlagen hatte. (BerZ 29.9.)

OVG Koblenz (Rheinland-Pf.): Der Verfassungsschutz des Landes darf nach einer Entscheidnung des Gerichts weiterhin die REPs beobachten. Az.: 2A11774/98.OVG

Demo gegen Nazikneipe

Am **20.September** demonstrierten in **Berlin** ca. 300 Menschen gegen die seit einiger Zeit als Nazitreffpunkt fungierende Kneipe „Der Baum" in der Libauer Straße (Friedrichshain).

Leipzig

Nazitreff in Südvorstadt?

Am **25.September** wurde am Körnerplatz (Hoffmann-/Schenkendorff-Str.) einem Mädchen von Nazis das Pali-Tuch gezockt und verbrannt.
In dem Park treffen sich seit längerer Zeit immer wieder Naziprolls und okkupieren ihn.

Was sein wird...

Kalenda

8./9.10.: Veranstaltungen zu 10 Jahren Wende. (#23, Flyer!)
9.10.: Antifademo in Stuttgart. (#22,23)
15.10.: Öffentliches Bundeswehr-Gelöbnis+Gegenaktivitäten in Stuttgart.
22.-24.10.: Verstärker-Kongreß Die postbananischen Zustände. Kongreß zu Perspektiven linker und antifaschistischer Politik. In Leipzig. (#21)
6.11.: NPD-Fackelaufmarsch in Neustrelitz. (#23)
6.11.: NPD-Aufmarsch in Rosenheim. (#23)
9.11.: Naziaufmarsch und Gegenaktivitäten in Göttingen. (#23)

Bundesweit

Nazi-Aufmarsch in Osnabrück

Am **9.Oktober** planen die Nazis einen Aufmarsch in Osnabrück, Treff ist für 12:00 am Güterbahnhof geplant.

...in Flensburg...

Hier wollen sie mal wieder ein linkes Konzept klauen und planen, gegen das Jugendzentrum „Hafermarkt" aufzumarschieren. Beginnen wollen sie um 11:00.

...und in Lübeck

Am **6.November** wollen die norddeutschen Nazis in Lübeck einen Aufmarsch durchführen, der unter dem Motto „Freiheit für alle politisch verfolgten Ntionalisten" steht und sich inoffiziell auf den Prozeß gegen den Naziterroristen **Kay Diesner** bezieht. Treff der Faschos: 12:00 Parkplatz Lomühle (Stadion).

Regional

Faschokonzert in Zwickau

Am **9.Oktober** wollen Nazis in **Zwickau** ein Konzert durchführen. Gerüchten zufolge wollen sich auch alle Beteiligten am Überfall auf des Punkkonzert in Hohenstein-Ernstthal letztes Wochenende dort treffen.

Gefahr von Nazi-Angriff in Oelsnitz

Ebenfalls in Westsachsen gelegen, besteht in Oelsnitz am **16./17.Oktober** die Gefahr, daß Nazis die „Musikwerkstatt", ein Festival, überfallen. Es war bereits vergangenes Jahr Ziel von Fascho-Übergriffen und nach den Vorfällen in Hohenstein-E. Ist davon auszugehen, daß die Birnen recht viel Höhenflüge haben und denken, in diesem Stil weitermachen zu können. Antifaschistische Solidarität täte Oelsnitz an diesem Wochenende sicher gut!

Leipzig

Nazi-Aktion am 9.November geplant

Für diesen Tag, Jahrestag der „Reichskristallnacht", planen Nazi-Intellektuelle wie **Horst Mahler** und **R.Oberlercher** eine „Reichsproklamation". Nähere Infos zur Verhinderung dieser Untat an diesem Tag folgen später.

Zum Schluß noch ein paar wichtige Links:
Auf dem **Infotelefon GARFIELD** aus dem Rhein-Neckar-Raum könnt Ihr weitere aktuelle Nachrichten - bundesweite wie regionale - hören. Das Telefon wird zweimal wöchentlich aktualisiert, die Nummer ist 06272-3559. Dann gibt's noch das **Antifa-Infotelefon Berlin** unter 030-275 6075 6. Viele Infos findet Ihr auch auf der website vom **Antifa Update** der **Frente**: members.tripod.de/Frente

GAMMA ist in Leipzig zu haben im Conne Island, im Antifa-Presse-Archiv, im Infoladen, im Buchladen Bruchsteine und in der Lichtwirtschaft.